

# „Lassen Sie das unsere Sorge sein!“

**BZ-INTERVIEW** mit Christoph Blocher, Unternehmer und Politiker der Schweizerischen Volkspartei (SVP), über die Folgen der Zuwanderung für sein Land

SCHOPFHEIM. Christoph Blocher ist nicht nur ein streitbarer und umstrittener Politiker der Schweizerischen Volkspartei, er ist auch ein erfolgreicher Unternehmer. Er ist einer der Väter der Masseneinwanderungsinitiative, die den Zugang in die Schweiz begrenzen soll und auch für Grenzgänger gilt. Auf Einladung der Wirtschaftsunioren diskutierte Blocher unlängst bei der IHK Hochrhein-Bodensee zur Situation der Schweizer Wirtschaft und stellte sich den Fragen von Bernd Kramer und Franz Schmider.

**BZ:** Herr Blocher, die Schweiz hat mehrere bilaterale Verträge abgeschlossen mit der EU, einer regelt die Personenfreizügigkeit. Dem steht die Masseneinwanderungsinitiative Ihrer Partei entgegen, die Obergrenzen fordert. Beides geht nicht zusammen. Wie kommt die Schweiz aus dieser Sackgasse wieder raus?

**Blocher:** Die ehemalige Masseneinwanderungsinitiative ist unterdessen ein von Volk und Ständen beschlossener Verfassungsartikel. Er verlangt eine Änderung beziehungsweise Kündigung des Personenfreizügigkeitsvertrages, wie es in diesem Vertrag vorgesehen ist. Die Bundesverfassung verlangt eine kontrollierte Zuwanderung, wie sie die Schweiz von 1970 bis 2007 hatte, und die Schweiz ist gut damit gefahren. Der Bundesrat und sogenannte Experten prognostizierten damals, die Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit – das heißt Einwanderung minus Auswanderung – werde höchstens 10 000 pro Jahr, aber gemäß den Erfahrungen in der EU eher 8000 pro Jahr betragen. Die Realität ist anders: Pro Jahr sind 85 000 gekommen! Das würde für das zehnmal größere Deutschland 850 000 pro Jahr bedeuten. Das kann dieses kleine Land nicht verkraften und darum hat das Schweizer Volk entschieden, die Zuwanderung wieder zu begrenzen.

**BZ:** Aber wie wollen Sie politisch aus dieser Situation rauskommen? Sie haben zwei sich widersprechende Verträge, wenn man so will, rechtsverbindliche Grundsätze.

**Blocher:** Es gilt die Bundesverfassung. Der Personenfreizügigkeitsvertrag hat sowohl eine Verhandlungs- als auch eine Kündigungsklausel. Brüssel will nicht verhandeln, also muss die Schweiz den Vertrag zur Personenfreizügigkeit kündigen. Nun droht die EU, dass dann sechs weitere Verträge ebenfalls gekündigt würden. Das muss die Schweiz in Kauf nehmen. Aber die EU-Länder werden eine Kündigung nicht in Kauf nehmen. Sie glauben doch nicht, dass Deutschland, Holland oder Italien den Verkehrsvertrag kündigen, der ihnen die Durchfahrt durch die Schweiz garantiert. Wir bauen den Nachbarn gerade zwei Eisenbahnlinien durch die Alpen, die



Durchfahrt kostet für sie 300 Franken pro Lastwagen, bei Vollkosten von 900 Franken. Länder handeln nicht gegen ihre Interessen. Natürlich: Manager, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in der Schweiz wollen die Personenfreizügigkeit. Auch wenn es für das Land selbst nicht tragbar ist.

**BZ:** Sie sind selbst ein erfolgreicher Unternehmer. Fürchten Sie nicht, dass, wenn die Verträge gekündigt werden, auch Sie ein



Christoph Blocher

FOTOS: ROBERT BERGMANN

Problem bekämen, etwa beim Zugang zum EU-Binnenmarkt?

**Blocher:** Ich weiß, wovon ich rede. Wir exportieren 96 Prozent unserer Waren, etwa die Hälfte in die EU. Ich würde nicht von Problemen reden, aber es wäre alles etwas schwieriger, aber keine Katastrophe. Aber ich bin sicher, dass die EU die Verträge nicht kündigen wird – aus eigenem Interesse. Zumal die Schweiz mehr aus der EU importiert, als sie in die EU ausführt. Einen solchen Kunden stößt man nicht vor den Kopf.

**BZ:** Ihr Selbstbewusstsein in Ehren, aber die großen Unternehmen in Basel wie auch mittelständische Unternehmen beklagen schon jetzt, wie schwer es sei, Fachkräfte zu gewinnen, auch Forscher für die Basler Chemie zum Beispiel. Ist die Initiative nicht ein Bremsklotz für die Schweizer Wirtschaft?

**Blocher:** Dass die Manager jammern, kenne ich schon, das haben sie auch 1992 getan, vor der Abstimmung zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) als Vorstufe zum EU-Beitritt. Die

gleichen Manager haben vorausgesagt, die Schweiz würde bei einem Nein verarmen. Und, was ist passiert? Das Gegenteil. Klar: Für uns Unternehmer ist es vorteilhafter, aus 80 Millionen Europäern die besten und die billigsten Mitarbeiter zu rekrutieren. Aus deren Sicht kann ich das verstehen, aber als Politiker muss ich mir das nicht zu eigen machen. Nicht alles, was ein Unternehmer will, ist auch volkswirtschaftlich richtig. Nun: Das Schweizer Volk hat entschieden, es muss gemacht werden, was beschlossen ist. In der Schweiz ist das Schweizer Volk der Gesetzgeber.

**BZ:** Aber es hat sich auch für die bilateralen Verträge entschieden, das war der Ausgangspunkt der Frage.

**Blocher:** Ja, es hat sich dafür entschieden. Jetzt hat das Volk gesehen, es ist anderes als versprochen herausgekommen, also machen wir es rückgängig, wie der Vertrag mit der EU dies vorsieht. In der Schweiz ist – anders als in Deutschland – das Volk oberster Gesetzgeber. Der Vorteil der direkten Demokratie ist, dass die Bürger das Heft in der Hand haben und die Politiker nicht so viel Unsinn machen können. Das hat der Wirtschaft viel gebracht. Zum Beispiel kann nur das Volk die Steuersätze ändern,

denn sie stehen in der Verfassung. Wir haben in der Schweiz einmal die Mehrwertsteuer um nur 0,8 Prozent erhöht, begrenzt auf acht Jahre und zweckgebunden für die Invalidenversicherung (eine Säule der staatlichen Sozialversicherung; d. Red.). Das Volk und die Mehrheit der Kantone mussten dem zustimmen. Die Erhöhung wurde knapp gutgeheißen. In anderen Abstimmungen wurden Steuererhöhungen abgelehnt. Warum? Die Bürger wollen wissen, was mit dem Geld passiert und selbst entscheiden. Es ist ihr Geld, was ausgegeben wird. Deshalb sind bei uns die Steuersätze auch niedriger als in anderen Ländern.

**BZ:** Sie klingen so, als hätten die Leute an der Spitze von Roche oder Novartis, immerhin sehr erfolgreiche Unternehmen, keine Ahnung.

**Blocher:** Nein, ich glaube nur nicht, dass die EU die anderen sechs bilateralen Verträge kündigt. Und schauen Sie: Wenn Roche oder Novartis heute die Spitzenforscher nicht nach Basel bekommen, die sie brauchen, dann hat das mit der Personenfreizügigkeit zu tun. Denn für diese Firmen ist der Zugang beispielsweise zu Amerika oder Asien erschwert. Und dieser Zugang zu diesen Spezialisten wird immer wichtiger. Die Schweiz ist ein kleines Land, wir müssen darum weltoffen sein. Die Personen, die wir im Arbeitsprozess brauchen, sollen auch weiterhin kommen dürfen.

**BZ:** Zum Beispiel Mediziner? Von 30 000 Ärzten in der Schweiz kommen 10 000 aus dem Ausland, knapp 6000 davon aus Deutschland. Beim Pflegepersonal sieht es ähnlich aus. Experten sagen, das Gesundheitswesen bricht zusammen, wenn all diese Fachkräfte das Land verlassen.

**Blocher:** Wenn nicht mehr jedes Jahr 100 000 Zuwanderer kommen, brauchen wir auch nicht mehr so viele Ärzte oder Lehrer. Aber Sie müssen sich auch keine Gedanken machen über unser Gesundheitssystem. Lassen Sie das unsere Sorge sein!

**BZ:** Na ja, Sie unterschlagen, dass die Ausbildung eines Arztes den Steuerzahler etwa 1,2 Millionen Franken kostet, bei 6000 deutschen Ärzten in der Schweiz sind das mehr als sieben Milliarden, die die Schweiz an Ausbildungskosten gespart hat. Sie bilden weniger aus, als sie benötigen. Die deutschen Steuerzahler zahlen die Ausbildung, Sie holen die Ärzte dann ins Land.

**Blocher:** Wir holen die nicht, sie kommen. Wenn Sie die in Deutschland anbinden wollen, dann machen Sie das! Sie kommen, weil sie wollen. Unsere Hochschulen sind auch überfüllt, weil sich sehr viele ausländische Studierende an den Schweizer Hochschulen ausbilden lassen.

**BZ:** Ein Gebiet, in dem sich die Schweiz sehr protektionistisch verhält, ist die Landwirtschaft. Sie subventionieren die Produktion, sie schotten den Markt durch hohe Zölle ab. Der Schweizer Verbraucher zahlt die Zeche über höhere Preise, weil er nicht vom Wettbewerb profitiert.

**Blocher:** In puncto Subventionen sind die EU-Länder kein Vorbild. Aber die Schweiz will durch die Landwirtschaft eine minimale Lebensmittelversorgung mit gesunden Produkten erhalten, die Vergandung des Bodens (schweizerisch für: Verbuschung landwirtschaftlicher Nutzfläche, d. Red.) und die Entvölkerung der Bergtäler verhindern. Das ist mit vielen staatlichen Auflagen verbunden. Mit der freien Marktwirtschaft allein können Sie das nicht erreichen. Aber was stört Sie das? Die Schweiz überschwemmt die Welt nicht mit billigen Nahrungsmitteln, sie hat einen Selbstversorgungsgrad von lediglich 40 Prozent.

**BZ:** Wie stehen Sie eigentlich zu dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA?

**Blocher:** Wir haben etwa zehn Jahre mit den Amerikanern verhandelt und die Gespräche dann ohne Vertrag beendet. Die USA und die Schweiz konnten sich vor allem beim Urheberrecht und eben bei der

Landwirtschaftspolitik nicht verständigen. Ich bin gespannt, wie die Verhandlungen mit der EU ausgehen.

**BZ:** Die Masseneinwanderungsinitiative will Beschränkungen für Grenzgänger.

**Blocher:** Es heißt dort nur, es müsse geregelt werden. Und das ist auch richtig. Die SVP ist der Meinung, dass die Fragen der Grenzgänger und der Kontingente von den Kantonen geregelt werden müssen. Denn die Verhältnisse in Basel sind ganz andere als im Tessin oder in Genf.

**BZ:** Sie betonen die Weltoffenheit, sagen aber, dass Sie nur ins Land lassen, wer Ihnen nutzt. Wie passt das zusammen, der hehre Grundsatz und das reine Nützlichkeitsdenken? Gehört das zu den christlich-abendländischen Werten, die wir gerade verteidigen?

**Blocher:** Diese moralistische Auffassung kann jeder haben – für sich selbst. Ich achte die Meinung, man könne jedermann aufnehmen. Machen Sie das! Ich glaube nicht, dass dies ein einziger Staat verkraftet. Wenn wir Arbeit geben können, dann können wir Leuten, die Arbeit suchen, Arbeit geben. Aber eine freie Einwanderung in den Sozialstaat ist nicht zielführend. Zudem geben wir jedem Schutz, der an Leib und Leben bedroht ist. Aber dieser Flüchtlingsschutz wird auch unterlaufen. Wir mussten Schengen/Dublin beitreten.

**BZ:** Sie mussten nicht.

**Blocher:** Doch! Auch dem hat das Volk zugestimmt, weil man ihm versprach, es würde dann praktisch keine Asylsuchende mehr geben. Heute haben wir das Dreifache.

**BZ:** Und das Volk hat zugestimmt.

**Blocher:** Ja, da hat es sich geirrt, also muss man es wieder korrigieren.

**BZ:** Dabei hat das System für die Schweiz nur Vorteile, denn das Land ist umgeben von anderen Dublin-Staaten. Zu Ihnen kommt also niemand.

**Blocher:** Das war die intellektuelle Begründung. Aber es kann – wie fast alle Konzepte der EU – nicht funktionieren. Italien und andere Peripheriestaaten hätten die Außengrenze schützen müssen, sie haben es aber nicht gemacht. Sie waren damit überfordert, und das war abzusehen. Das ganze System war von Anfang an eine Fehlkonstruktion, es ist auch ungerecht. Und jetzt sind die Grenzen nicht mehr geschützt. Ich messe Modelle nicht an den Ideen, sondern daran, ob es funktioniert.

**BZ:** Herr Blocher, Ihr Ururgroßvater ist aus Württemberg in die Schweiz zugewandert. Hat das der Schweiz geschadet?

**Blocher:** Er war kein Flüchtling, er war eher ein Gastarbeiter, den man holte und brauchte, auch wenn man das damals nicht so genannt hat. Er kam vom pietistischen Seminar in Beuggen bei Rheinfelden. Er hat im Berner Oberland in einer sehr armen Gemeinde die Schule aufgebaut. Nach 23 Jahren hat er dann das Bürgerrecht erworben. Das hat ihn immerhin zwei Jahresgehälter gekostet. Mein Bürgerrecht ist also ziemlich viel wert.

## ZUR PERSON

### CHRISTOPH BLOCHER

Der 75-Jährige hat nach einer landwirtschaftlichen Lehre das Abitur nachgeholt und Jura studiert. Er begann in der Rechtsabteilung der Ems-Chemie in Domat/Ems, die er später kaufte. Sie beschäftigt heute mehr als 2500 Mitarbeiter und erzielte 2014 einen Umsatz von knapp zwei Milliarden Franken. Von 1977 bis 2003 war Blocher Präsident der Schweizerischen Volkspartei (SVP) im Kanton Zürich, von 1979 bis 2003 gehörte er dem Nationalrat an. Diesen Posten musste er aufgeben, als er zum Bundesrat (in die Regierung) gewählt

wurde. Er wurde nach einer Amtszeit 2007 nicht wiedergewählt, unter anderem, weil er stark polarisierte. Blocher war Mitbegründer der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), die den Kampf gegen den Beitritt des Landes zum Europäischen Wirtschaftsraum 1992 erfolgreich führte. Auf ihn gehen weitere Volksentscheide (Minarettinitiative, Masseneinwanderungsinitiative) zurück. Er machte aus der kleinen Bauernpartei SVP eine nationalkonservative Volkspartei, die mit knapp 30 Prozent als stärkste Kraft aus der Wahl im Oktober hervorging. **BZ**